



## RUSSLAND UND DIE OSZE GESETZENTWURF ZU NGOS LEW-KOPELEW-PREIS 2005

■ Analyse		
	Russland und die OSZE: Gespannte Beziehungen. Daniela Mussnig, Wien	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
	Struktur und Institutionen der OSZE	5
	Das Budget der OSZE 2005	6
■ Kommentar		
	Spezoperazija. Das neue NGO-Gesetz. Jens Siegert, Moskau	7
■ Dokumentation		
	Lew-Kopelew-Preis 2005 für die tschetschenische Menschenrechtsaktivistin Sainap Gaschajewa	9
■ Chronik		
	Vom 16. bis zum 24. November 2005	10

## Analyse

### Russland und die OSZE: Gespannte Beziehungen

Daniela Mussnig, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien

#### Zusammenfassung

Russland übt – unterstützt von einigen GUS-Staaten – starke Kritik an der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Sie konzentrierte sich zu sehr auf Menschenrechtsfragen und vernachlässigte aktuelle Sicherheitsprobleme. Gleichzeitig sieht sich Russland innerhalb der Organisation selbst Kritik ausgesetzt. Dieses Spannungsverhältnis bestimmt die derzeitige Debatte über die Zukunft der Organisation.

#### 30 Jahre Helsinki-Schlussakte

Die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte jährt sich dieses Jahr zum 30. Mal. Mit diesem Dokument wurde mitten im Kalten Krieg die bis heute entscheidende Grundlage für das weitere Wirken der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), dem ersten institutionalisierten Dialog zwischen Ost und West geschaffen. Darin wurde einerseits die wechselseitige Anerkennung staatlicher Souveränität und bestehender Grenzen festgelegt, was für die Sowjetunion als Anerkennung der Teilung Europas von besonderem Interesse war. Zudem erhoffte man sich auf sowjetischer Seite bessere wirtschaftliche Kontakte und eine Annäherungsmöglichkeit an (West-)Europa. Andererseits gab es seitens der kommunistischen Staaten Osteuropas ein formales Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, was zu einem wichtigen Angelpunkt für Dissidentinnen und Dissidenten in diesen Staaten wurde und letztendlich zum Sturz der Regime beitrug.

#### Das „gemeinsame Haus Europa“

Mit der Charta von Paris 1990 wurde schließlich im Rahmen der KSZE das Ende des Kalten Krieges besiegelt. Darin wurde nicht nur das Ende einer „Ära der Konfrontation und Teilung Europas“ erklärt, sondern auch der Beginn der zunehmenden Institutionalisierung der KSZE unter neuen Vorzeichen markiert. Im Jahre 1994 in „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ umbenannt, sollte sie nach damaligen russischen Vorstellungen als „Dach“ des „gemeinsamen Hauses Europa“ fungieren und anderen europäischen Organisationen übergeordnet werden. Für die Russische Föderation schien die KSZE/OSZE u.a. deshalb als geeignetes Forum zur Neugestaltung Europas, da sie die einzige Institution war, an der Russland und die anderen Transitions-

staaten als Gründungsmitglieder und durch das Konsensprinzip von Anfang an gleichberechtigt beteiligt waren. Doch schon bald stellte sich heraus, dass die europäische Integration nach ganz anderem Muster erfolgte und institutionell vor allem durch EU und NATO geprägt blieb. Die russischen Gestaltungsmöglichkeiten erwiesen sich als beschränkt.

#### Istanbul 1999: Isolation und Zugeständnisse

Die Euphorie der Wendejahre hielt auch innerhalb der OSZE nicht lange an und Differenzen zwischen Russland und anderen europäischen Staaten wurden in diesem Kontext virulent. Das Jahr 1999 stellte hier in vielerlei Hinsicht einen Kulminations- und Wendepunkt dar. 1999 war das Jahr der NATO-Intervention im Kosovo-Konflikt. In diesem Zusammenhang warf Russland den USA und ihren Verbündeten vor, die OSZE und ihre Kosovo Verification Mission zur Vorbereitung der Intervention missbraucht zu haben. 1999 war auch das Jahr, in dem Russland seinen zweiten Tschetschenienfeldzug begann, der fortan zu einem ständigen Streitpunkt mit anderen OSZE-Staaten wurde. Während im ersten Tschetschenienkrieg (1994–1996) trotz einiger interner Widerstände eine OSZE-Assistenzgruppe vor Ort zugelassen wurde, die auch tatsächlich Vermittlungshilfe leisten konnte, lehnt Russland seit 1999 konsequent jede Einmischung ab. Ohne Entgegenkommen Russlands ist die OSZE allerdings gegenüber der laut International Helsinki Federation for Human Rights „zweifelloso schlimmsten menschenrechtlichen und humanitären Krise in Europa“ und der Verletzung ihrer eigenen Grundprinzipien machtlos.

Auf dem OSZE-Gipfel von Istanbul 1999, dem bislang letzten Treffen der OSZE-Staats- und Regierungschefs, sah sich die Russische Föderation jedenfalls isoliert und zusehends unter Druck gesetzt.

In Istanbul machte Russland zudem Zugeständnisse in Bezug auf einen Truppenabzug aus Georgien und Moldova, deren Nichteinlösung bis heute einen Hauptstreitpunkt im Spannungsverhältnis Russlands zur OSZE darstellt. Das Thema war ein wesentlicher Grund dafür, dass es bei den letzten beiden Ministerratstreffen in Maastricht und Sofia zu keiner gemeinsamen Schlussklärung der OSZE-Staaten gekommen ist und hat bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. Das Treffen in Sofia im letzten Dezember stand zudem im Zeichen von Kontroversen rund um die politische Lage in der Ukraine.

### Russische OSZE-Kritik

Russland zeigt sich dementsprechend zusehends unzufrieden mit der Entwicklung der OSZE. Seit Jahren wird das geographische Ungleichgewicht ihrer Aktivitäten bemängelt, die sich auf die Regionen „östlich von Wien“ beschränken. Auch die ungleiche Gewichtung der drei Dimensionen (militärisch-politisch, Wirtschaft/Umwelt, menschliche Dimension) wird vehement kritisiert. Stark verkürzt lässt sich diese Kritik unter den Schlagworten „zu viel menschliche Dimension, zu wenig Sicherheit“ zusammenfassen. Eine Stärkung der notorisch unterentwickelten Wirtschafts- und Umweltdimension wird zwar auch gefordert, aber mit weit weniger Nachdruck.

Eine äußerst deutliche Unmutsäußerung erfolgte im Juli 2004 in einer gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Russlands und der GUS-Staaten Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Moldova, Tadschikistan, Ukraine und Usbekistan: Die OSZE sei unfähig, sich an neue Herausforderungen anzupassen und sie verletze ihre Grundprinzipien der Anerkennung staatlicher Souveränität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Die Prioritätensetzung auf die „menschliche Dimension“ beeinträchtigt ihre Reaktionsfähigkeit auf neue Bedrohungen und Herausforderungen. Sie beschränke sich auf die Beobachtung der Menschenrechtssituation in Südosteuropa und den GUS-Staaten, lenke die Aufmerksamkeit selektiv auf einzelne Staaten, wende doppelte Standards an ohne die Besonderheiten der einzelnen Länder zu beachten. Die Arbeit der OSZE entspreche damit nicht den Interessen und Bedürfnissen der GUS-Staaten.

Hervorzuheben ist hier die Berufung auf das Grundprinzip „Nichteinmischung“ in innere Angelegenheiten, bei der scheinbar die diesbezügliche Entwicklung der Organisation nach Ende des Kalten Kriegs übersehen wird. So heißt es in der Moskauer

Deklaration von 1991, dass „die im Bereich der menschlichen Dimension der KSZE eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen.“

Die deutlich formulierte Kritik diente für Russland auch als Basis für das aktive Vorantreiben einer OSZE-Reformdebatte. Auf die Juli-Erklärung folgte ein Aufruf der GUS-Außenminister im September 2004 in Astana, in dem konkrete Verbesserungen vorgeschlagen wurden. Dazu gehörten u.a. eine verstärkte Terrorismusbekämpfung, die Ratifizierung des 1999 geänderten Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), die Formulierung objektiver Kriterien für Wahlvaluierung, eine vergleichende Analyse von Wahlgesetzen, eine Konzentration der Feldmissionen auf vom Gastgeberland gewünschte Projekte statt politischen Monitorings, eine geographisch faire Verteilung von Posten, die Transparenz des Budgets, besonders was außerbudgetäre Quellen betrifft, eine Neuaufschlüsselung der Budgetbeiträge, eine Effizienzsteigerung des Sekretariats und Überlegungen zur Stärkung der Rolle des Generalsekretärs.

### Streitpunkt Wahlbeobachtung

Stark ins Zentrum der russischen OSZE-Kritik ist das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) gerückt, das eine institutionelle Verwirklichung der nach Meinung Russlands zu stark gewichteten „menschlichen Dimension“ darstellt. Russland ist vor allem mit den von ODIHR durchgeführten Wahlbeobachtungen unzufrieden, denen methodologische Mängel, intransparente Auswahl zu beobachtender Wahlen, Doppelstandards und generell „Politisierung“ vorgeworfen werden. Oberflächlich gesehen mag die Kritik vielleicht nicht ganz verständlich sein, da sich ODIHR auf eine in langjähriger Praxis entwickelte Expertise und Methodologie stützen kann, auf die sich auch EU oder UN berufen. Doch die Rolle, die diese Wahlbeobachtungen in jüngster Zeit im direkten Umfeld Russlands gespielt haben, ist den außen- und geopolitischen Interessen Russlands oft diametral entgegengesetzt.

Bei den politischen Machtwechseln in Georgien, der Ukraine und Kirgisien spielte die negative Beurteilung von Wahlen durch die OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen eine wesentliche Rolle. Unter dem Schlagwort einer „vierten Welle der Demokratisierung“ wurden diese Machtwechsel oft

als mögliches Modell für andere GUS-Staaten – einschließlich Russland – diskutiert. Damit scheint für Russland eine zunehmende westliche Einflussnahme in seiner unmittelbaren Umgebung zu drohen, zu der die Wahlbeobachtungen beitragen. Der kritischen Beurteilung von Wahlen in den GUS-Staaten durch die OSZE steht meist eine völlig gegensätzliche Sicht der GUS-Wahlbeobachter gegenüber. Hinzu kommt, dass auch die letzten russischen Parlaments- und Präsidentenwahlen von ODIHR kritisiert wurden.

Die gegenwärtige russische politische Elite kann darin für die Zukunft eigentlich nur eine Bedrohung für sich selbst und ihr Modell der „gelenkten Demokratie“ sehen. Die relative Autonomie von ODIHR wird von Russland jedenfalls beanstandet und eine verstärkte Kontrolle durch die nach Konsensprinzip funktionierenden Kollektivorgane der OSZE eingefordert. Der russischen Kritik an der Überdimensionierung der „menschlichen Dimension“ stehen das fast ausschließliche Interesse der USA, für welche die OSZE nicht allzu große Bedeutung hat, an diesem Teilbereich und ähnlich große EU-Interessen gegenüber.

### Kompromissversuche und Reformdialog

Das problematische Verhältnis OSZE-Russland fand in jüngster Zeit Ausdruck im unerwarteten russischen Veto gegen eine Verlängerung der OSZE-Grenzbeobachtungsmission in Georgien (an der Grenze zu Tschetschenien und den benachbarten Nordkaukasusrepubliken). Die Mission war von den

meisten anderen OSZE-Staaten als äußerst erfolgreich betrachtet worden. Zudem blockierte Russland, das auf eine – für sich günstigere – Neuaufschlüsselung der Beitragsleistungen nach UN-Vorbild bestand, lange Zeit den Beschluss des diesjährigen OSZE-Budgets. Erst im Mai konnte man sich auf ein provisorisches Budget einigen. (Ein Überblick über das Budget findet sich auf Seite 6) In der OSZE gibt es dabei immer Raum für Kompromisse. So wurde z.B. nach dem abrupten Ende der Grenzbeobachtungsmission ein Trainingsprogramm für die georgische Grenzpolizei entwickelt, das nach den ersten Erfahrungen auch von russischer Seite positiv beurteilt wurde.

30 Jahre nach Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte wird unter dem diesjährigen slowenischen Vorsitz jedenfalls intensiv über die Zukunft der OSZE debattiert. So wurde im Juni von einem „Panel of Eminent Persons“ ein Report zur Steigerung der Effektivität der OSZE vorgelegt, in dem – wie auch in anderen Reformpapieren – russischen Kritikpunkten und Vorschlägen Rechnung getragen wurde. Die russischen Reaktionen waren entsprechend positiv. Der slowenische Außenminister Dimitrij Rupel hat sich um Vermittlung und Einbeziehung Russlands in die grundsätzliche Reformdebatte bemüht. Wie erfolgreich er damit war und inwieweit Russland seine außenpolitischen Interessen innerhalb der OSZE verwirklicht sieht, wird das OSZE-Ministerrattreffen am 5. und 6. Dezember in Ljubljana zeigen.

*Redaktion: Heiko Pleines*

### Über die Autorin:

Daniela Mussnig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für den Donauraum und Mitteleuropa in Wien.

### Aktuelle Links:

[www.osce.org](http://www.osce.org)

Appeal of the CIS Member States to the OSCE Partners, Astana, September 15, 2004

<http://www.belarusembassy.org/news/digests/pr092004.htm>

Common Purpose. Towards a More Effective OSCE. Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons On Strengthening the Effectiveness of the OSCE. 27 June 2005.

[http://194.8.63.155/documents/cio/2005/06/15432\\_en.pdf](http://194.8.63.155/documents/cio/2005/06/15432_en.pdf)

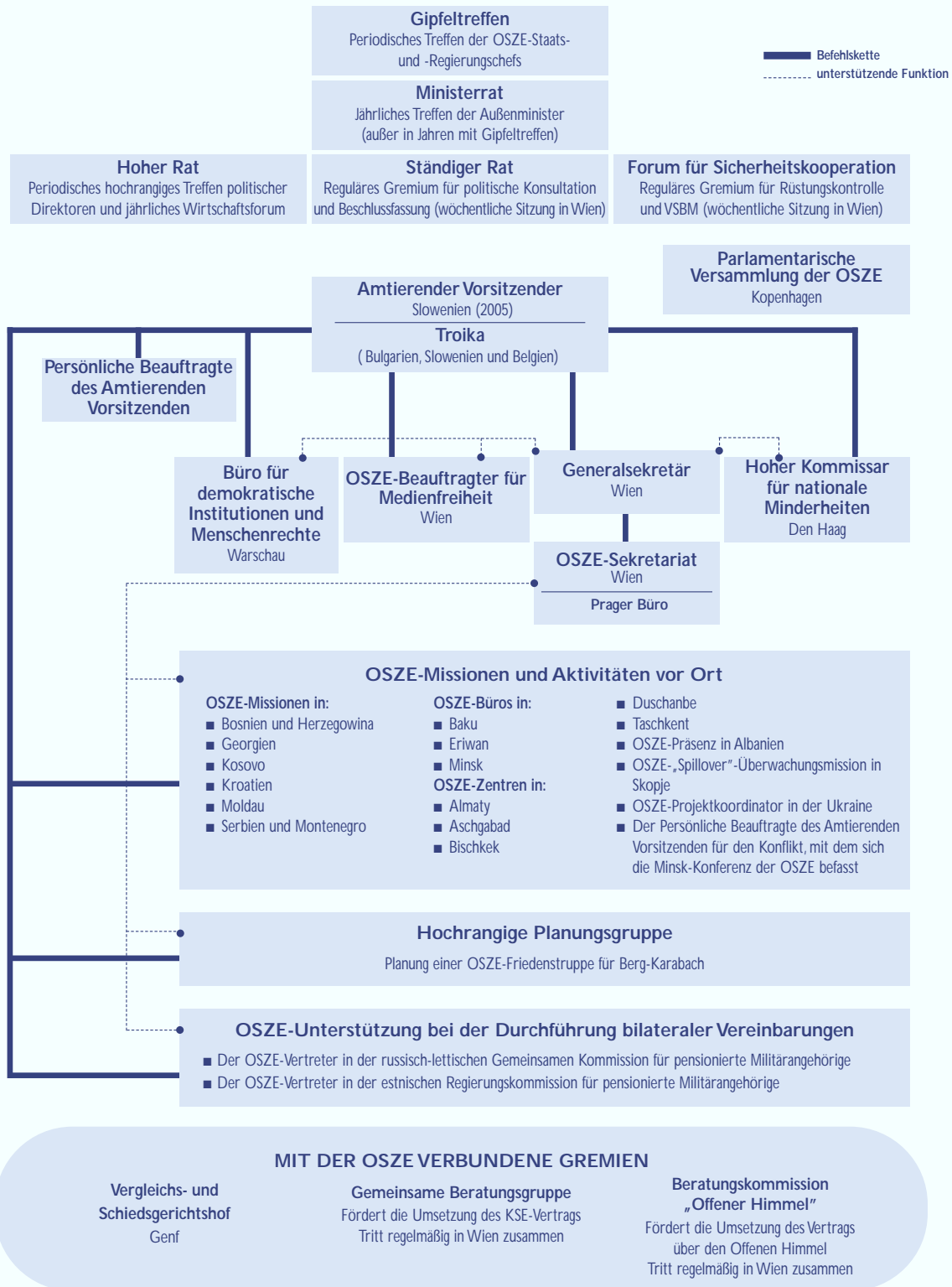
### Lesetipp:

Danilov, Dmitry 2005, Russia and European Security. In: Lynch, Dov (ed.) What Russia sees. Chaillot Paper No.74, Paris (ISS) 79-97

<http://aei.pitt.edu/archive/00003378/01/chai74.pdf>

**Grafik und Tabelle zum Text**

**Struktur und Institutionen der OSZE**



[www.osce.org](http://www.osce.org)

## Das Budget der OSZE 2005

Verwendungszweck	Mittel in Mio. Euro
<b>Mittel für Institutionen</b>	
Sekretariat	29,9
Office for Democratic Institutions and Human Rights( ODIHR)	12,0
High Commissioner on National Minorities (HCNM)	2,7
Representative on Freedom of the Media (RFoM)	1,2
<b>Mittel für Operationen</b>	
Kosovo	37,1
Bosnien und Herzegowina	18,4
Kroatien	9,3
Serbien und Montenegro	9,5
Albanien	3,7
Skopje	11,4
<b>Südosteuropa insgesamt</b>	<b>89,3</b>
Moldova	1,5
Ukraine	1,7
Minsk	0,9
Baltikum	0,1
<b>Osteuropa insgesamt</b>	<b>4,2</b>
Georgien	12,9
Armenien	1,6
Azerbaidschan	1,7
Kaukasus Initiativen	2,2
<b>Kaukasus insgesamt</b>	<b>18,3</b>
Kasachstan	1,8
Turkmenistan	1,2
Kirgistan	2,5
Usbekistan	1,7
Tadschikistan	4,0
<b>Zentralasien insgesamt</b>	<b>11,1</b>
<b>Institutionen insgesamt</b>	<b>45,7</b>
<b>Operationen insgesamt</b>	<b>122,9</b>
<b>Gesamtbudget OSZE</b>	<b>168,6</b>

Quelle: [http://www.osce.org/documents/osce/2005/05/14484\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/osce/2005/05/14484_en.pdf)

## Kommentar

### Spezoperazija. Das neue NGO-Gesetz

Von Jens Siegert, Heinrich Böll Stiftung Moskau

Am 23. November hat die russische Staatsduma in erster Lesung Änderungen des Gesetzes über „Gesellschaftliche Organisationen“ mit großer Mehrheit bei nur 18 Gegenstimmen beschlossen. Die Änderungen werden die Arbeit und Existenz vieler russischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erheblich erschweren, sollten sie tatsächlich, wie von den Initiatoren geplant, zum 1. Januar 2006 in Kraft treten. Zugleich, und das könnte durchaus das Hauptziel dieser Gesetzesänderungen sein, würde damit die Arbeit ausländischer Stiftungen und Geberorganisationen, darunter auch der deutschen politischen Stiftungen, erheblich erschwert.

Der Gesetzesentwurf wurde von Abgeordneten aus allen fünf Dumafraktionen (Einiges Russland, LDPR, KPRF, Rodina-Rogosin, Rodina-Baburin) in das Parlament eingebracht. Der Geheimhaltungsgrad, die Eile im Gesetzgebungsprozess und andere Begleitumstände, auf die ich weiter unten eingehen werde, weisen aber auf eine nicht unmaßgebliche Mitwirkung des Kreml und des Inlandsgeheimdienstes FSB hin. Das ganze Vorgehen erinnert an eine „Spezoperazija“, eine Geheimdienstaktion.

#### Die Vorgeschichte

Die orange Revolution in der Ukraine vor einem Jahr hatte in der russischen Staatsführung einen regelrechten Schock ausgelöst. Bereits im Mai, direkt nach den Ereignissen in Kirgisien, erklärte FSB-Chef Nikolaj Patruschew vor der Staatsduma, terroristische und andere Organisationen bereiteten in der gesamten GUS, also auch in Russland mit ausländischer Unterstützung Umstürze wie in Georgien, der Ukraine und Kirgisien vor. Er kündigte einen Gesetzesentwurf an, um die Tätigkeit russischer NGOs und ausländischer Geberorganisationen in Russland besser kontrollieren zu können.

Alexander Ausan (Institut Nationales Projekt „Gesellschaftsvertrag“) und Swjatoslaw Sabelin (Sozial-Ökologische Union), Mitglieder des präsidentialen „Rats zur Mitwirkung an der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte“ (Vorsitzende: Ella Pamfilowa) wandten sich daraufhin schriftlich mit der Bitte um Auskunft an das Justizministerium, ob die Regierung an einem entsprechenden Gesetzesentwurf arbeite. Die offizielle Antwort war verneinend.

Präsident Wladimir Putin sprach sich vor und nach dem Auftritt Patruschews wiederholt kategorisch gegen die „Finanzierung politischer Tätigkeit“

in Russland aus dem Ausland aus, letztmals öffentlich am 24. Juli bei einem Treffen mit Mitgliedern des Pamfilow-Rats. Präsidentenberater bemühten sich nach dem Treffen zu versichern, dass Putin nicht die russischen NGOs gemeint habe, sondern Versuche, politische Parteien und Wahlen zu beeinflussen.

Mitte Oktober wurde russischen NGOs aus der Regierung ein Gesetzesentwurf mit der neutralen Bezeichnung „Über das Einbringen von Änderungen in einige Gesetze der Russischen Föderation“ zugespielt. Schnell wurde klar, dass die geplanten Gesetzesänderungen die Arbeit russischer NGOs weiter erheblich erschweren, vor allem aber die Möglichkeiten ausländischer Organisationen in Russland zu arbeiten einschränken oder gar unmöglich machen würden. Bis heute hängt ein großer Teil der NGO-Arbeit von ausländischer Finanzierung ab.

#### Der Gesetzesentwurf

Welche konkreten Veränderungen wird das Gesetz bringen, sollte es angenommen werden? Für russische NGOs wohl zusätzliche Arbeit und erweiterte staatliche Kontrollmöglichkeiten, aber trotz allem nichts grundsätzlich Neues. Der größte Teil der durch das Gesetz erweiterten Befugnisse der Registrierungsbehörden, unbotmäßige NGOs zu schließen oder gar nicht erst zuzulassen, findet sich in ähnlicher Form bereits heute in einer Reihe anderer Gesetze, wie dem Steuerkodex oder dem Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus. Neu ist die eindeutig diskriminierende Aufteilung in NGOs, die unter Beteiligung staatlicher Stellen gegründet wurden, und andere, auf Privatinitiative entstandene. Die meisten der vorgesehenen Einschränkungen gelten nur für letztere. Zudem enthält der Gesetzesentwurf eine Bestimmung, die offenbar konkret auf die von Michail Chodorkowskij gegründete Stiftung „Offenes Russland“ zielt. Künf-

tig sollen NGOs geschlossen werden können, wenn deren Gründer wegen Geldwäsche und einer Reihe anderer Wirtschaftsvergehen rechtskräftig verurteilt wurden. Dies trifft auf den heute in Israel lebenden ehemaligen Chodorkowskij-Partner und „Offenes Russland“-Mitgründer Leonid Newslin zu.

Bisher nicht als juristische Personen registrierte „Gesellschaftliche Organisationen“ sollen künftig verpflichtet werden, die Behörden über ihre Existenz und Ziele in Kenntnis zu setzen. Vorerst bleibt aber völlig unklar, was den rechtlichen Charakter einer derartigen Organisation ausmacht und wer im Zweifelsfall und bei Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen rechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann.

Hauptadressat der Gesetzesänderungen scheinen aber in Russland mit Filialen oder Büros vertretene ausländische „Gesellschaftliche Organisationen“ zu sein. Die bisher am weitesten unter den Vertretungen von Stiftungen, humanitären Organisationen, aber auch von Wirtschaftsunternehmen, verbreitete Form der Registrierung als „Vertretung einer ausländischen juristischen Person“ ohne Bildung einer eigenen juristischen Person in Russland soll verboten werden. Welcher Maßstab allerdings angelegt werden soll, um zu definieren, wer eine „Gesellschaftliche Organisation“ darstellt und wer nicht, wird wohl erst die Anwendungspraxis durch die russischen Behörden zeigen.

Die politischen Stiftungen in Deutschland sind als eingetragene Vereine organisiert, mit entsprechenden Mitgliedsversammlungen als obersten Entscheidungsgremien, also wohl klassische „Gesellschaftliche Organisationen“ auch nach russischem Recht. Im Gegensatz hierzu kennen viele amerikanische Stiftungen, wie zum Beispiel die Ford Foundation, keine Mitgliedschaft.

Noch zusätzlich erschwert wird die Arbeit ausländischer Organisationen in Russland durch die Forderung, sich künftig als „Gesellschaftliche Organisation“ nach russischem Recht registrieren zu lassen. Gleichzeitig wird Ausländern ohne einen mehr als einjährigen Aufenthaltstitel aber die Gründung russischer „Gesellschaftlicher Organisationen“, die Mitgliedschaft oder das Engagement in ihnen verboten. Bleibt also die Frage, wer diese Organisationen gründen und sie leiten soll. Offensichtlich keine Nichtresidenten, wie bisher übliche internationale Praxis.

## Proteste

Sofort nachdem der Gesetzentwurf in die Duma eingebracht wurde, protestierten VertreterInnen führender russischer NGOs Mitte November mit einer Erklärung, die bis zum Tag der ersten Lesung etwa 1.500 Menschen im Internet unterzeichnet hatten, gegen die Einschränkung ihrer Rechte. Ella Pamfilowa, Vorsitzende des präsidentialen „Rats zur Mitwirkung an der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte“, erklärte, dass Gesetz werde das gesellschaftliche Leben in Russland und einen großen Teil der NGOs ersticken. Der Menschenrechtsbeauftragte Wladimir Lukin forderte die Duma in einer Stellungnahme dazu auf, dem Gesetz nicht zuzustimmen, weil es schädlich für die Entwicklung der Zivilgesellschaft sei.

Ende voriger Woche veröffentlichten zudem 21 bereits benannte Mitglieder der auf Kremlinitiative gebildeten Gesellschaftskammer einen Aufruf, in dem sie die Duma aufforderten die Beratung über das Gesetz bis mindestens Februar nächsten Jahres zu verschieben. Das im Sommer in Kraft getretene Gesetz über die Gesellschaftskammer spricht dieser ein Mitspracherecht bei allen die Zivilgesellschaft betreffenden Gesetzesvorhaben zu. Die Kammermitglieder rügten, dass die Duma ein die Zivilgesellschaft direkt betreffendes Gesetz behandle, kurz bevor die Kammer Ende des Jahres handlungsfähig werde. In der Regierung haben sich Finanz- und Justizministerium für, das Ministerium für Wirtschaftsentwicklung aber gegen das Gesetz ausgesprochen.

Die EU-Länder halten sich bisher zurück und wollen ihre Bedenken bei bilateralen Treffen ansprechen. Die amerikanische Regierung ist direkter und deutlicher. Präsident Bush hat seine Besorgnis bereits in einem Gespräch mit Putin direkt geäußert und der amerikanische Botschafter in Moskau besucht russische NGOs zu Konsultationen.

## Duma in Eile

Die Dumamehrheit zeigte sich unbeeindruckt. Der zuständige Ausschuss für Gesellschaftliche Organisationen lehnte eine Verschiebung der Abstimmung mit dem Hinweis ab, der Protest sei lediglich eine „gut von westlichen Stiftungen bezahlte PR-Kampagne“. Parlamentspräsident Gryslow sah sich zur Verschiebung außerstande, weil es sich um eine „von Abgeordneten aus allen Fraktionen unterstützte Initiative“ handle. Die zweite und dritte Lesung sollen bereits am 9. Dezember stattfinden.



## Dokumentation

### Lew-Kopelew-Preis 2005 für die tschetschenische Menschenrechtsaktivistin Sainap Gaschajewa

Preisträgerin des diesjährigen Lew-Kopelew-Preises für Frieden und Menschenrechte ist die tschetschenische Menschenrechtsaktivistin Sainap Gaschajewa. Sie erhält die Auszeichnung für ihre Zivilcourage und ihren bewundernswerten Mut, mit dem sie für die vom Völkermord bedrohten Menschen in ihrer Heimat Tschetschenien mit friedlichen Mitteln kämpft.

(Auszug aus der Pressemitteilung des Lew Kopelew Forums, [www.kopelew-forum.de](http://www.kopelew-forum.de))

#### Laudatio des Vorsitzenden des Lew Kopelew Forums, WDR-Intendant Fritz Pleitgen, aus Anlass der Preisverleihung, Köln, 20. November 2005 (Auszüge)

Die Tschetschenin Sainap Gaschajewa gehört zu jenen Menschen, die das Herz von Lew Kopelew im Sturm erobert hätte: mitfühlend, solidarisch mit den Schwachen und Verfolgten, das Gemeinwohl über das eigene Schicksal stellend, umsichtig und charakterstark. Sie trotz Kriegsgefahren und staatlichen Einschüchterungen, um die Welt auf die Leiden der Menschen in ihrer Heimat Tschetschenien aufmerksam zu machen. [...]

Der Schweizer Regisseur Eric Bergkraut hat einen Film über sie gedreht. „Coca – die Taube aus Tschetschenien“. Sainap Chaitowna, so ihr Vatersname, ist verheiratet und hat vier Kinder. Die gelernte Ökonomin war eine erfolgreiche Geschäftsfrau. Aber als der Krieg in Tschetschenien ausbrach, Städte wie Grosny verwüstete und Menschen – ob Kind, Frau oder Greis – tausendfach mordete, wollte sich Sainap Gaschajewa nicht durch ihr Entsetzen lähmen lassen. Sie organisierte Antikriegsdemonstrationen in Tschetschenien und Moskau. Sie ließ sich in den Vorstand der „Union der nordkaukasischen Frauen“ wählen, die Informationen über die Kriegsgräueltaten in Tschetschenien sammelten. 1995 nahm sie am Marsch Moskau – Grosny für Frieden und mütterliche Anteilnahme teil.

Ihre Zivilcourage sprach sich auch im Ausland herum. Sie traf mit Mitgliedern des Europarats, des Europäischen Parlaments, des House of Common in London und anderer Parlamente zusammen. Ihre Energie ist bewundernswert. Mit anderen organisiert sie Hilfe für Waisenkinder, Invaliden und arme Familien. Was sie alles in Gang setzt, lässt sich in der Kürze einer Laudatio gar nicht aufzählen. Beispielhaft will ich nur ein Projekt erwähnen: die Eröffnung eines Waisenhauses 2006, um besonders Begabte zu fördern. Dieses Vorhaben betreibt ihre Organisation „Echo des Krieges“ mit Unterstützung

der „Deutschen Humanitären Hilfsaktion“. [...]

Sainap Gaschajewa wendet sich gegen jedwede Gewalt, gegen jedwede Missachtung der Menschenrechte von welcher Seite auch immer. Sie will Brücken bauen, von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk, ganz im Sinne von Lew Kopelew. Genau so wie Lew Kopelew gibt sie keine Ruhe, bis endlich auch die Politik reagiert. Großmächte sind oft seltsam hilflos. Es geht offensichtlich gegen ihre Souveränität und Würde, Ratschläge und Hilfen von außen anzunehmen. Aus dem gleichen Grund heraus erteilen sie auch keine Ratschläge und bieten erst recht keine Hilfen an. Eine solche komplizenhafte Schonung bekommt auf die Dauer der Welt nicht gut.

Dieses antiquierte Politik-Verständnis muss aufgegeben werden, sonst werden Konflikte und Kriege wie in Tschetschenien völlig entgleisen, mit unübersehbaren Folgen für die jeweils Beteiligten und ihre Umwelt. Oder Russland bringt allein die Kraft zu einer Lösung auf, wie seinerzeit Frankreich bei Algerien! Eine naive Vorstellung wird man einwenden, aber warum soll es nicht eines Tages höhere Einsichten geben. Wir Deutschen haben ja selbst mit der Einheit ein Wunder erlebt, an das kaum einer mehr geglaubt hatte. Das Wunder ist nicht zuletzt durch einen Russen möglich geworden. Es wäre Russen und Tschetschenen zu wünschen, wenn ihnen ein ähnliches Wunder zuteil würde.

Sainap Gaschajewa leistet dafür wertvolle Vorarbeit. Wenn wir sie heute mit dem Lew Kopelew Preis 2005 ehren, zeichnen wir mit ihr gleichzeitig ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Kampf für Frieden und Menschenrechte aus. Wir wünschen ihnen dabei viel Glück und versprechen, das Thema Tschetschenien auf der Tagesordnung zu halten. Das sind wir ihnen und Lew Kopelew schuldig.

## Chronik

### Vom 16. bis zum 24. November 2005

16.11.2005	Auf Vorschlag Putins bestätigt die Duma Sergej Ignatjew in seinem Amt als Vorsitzender der russischen Zentralbank. Der Beschluss wird einstimmig gefasst.
17.11.2005	In einem offenen Brief haben russische Bürgerrechtler, Oppositionspolitiker, Wissenschaftler und Künstler Europas Staats- und Regierungschefs zu Widerstand gegen die Verfolgung von Andersdenkenden durch die russische Regierung aufgerufen. Zu den 24 Unterzeichnern gehören Ex-Schachweltmeister Garry Kasparow, der Abgeordnete Wladimir Ryschkow sowie die Menschenrechtler Sergej Kowaljow und Ludmila Alexejewa.
18.11.2005	Präsident Putin und sein amerikanischer Amtskollege George W. Bush führen am Rande des Gipfeltreffens der „Asia Pacific Economic Cooperation“ (APEC) in Pusan (Südkorea) Gespräche über außen- und sicherheitspolitische Fragen. Iran, Nordkorea und Syrien gehören zu den behandelten Themen.
18.11.2005	Der tschetschenische Ministerpräsident Sergej Abramow wird in der Nähe von Moskau bei einem Autounfall verletzt.
18.11.2005	Die russische Regierung hinterlegt eine Kaution in Höhe von 500.000 US\$, damit Wladimir Kusnezow, ein russischer Mitarbeiter der UN, der wegen Korruptionsverdacht inhaftiert ist, auf freien Fuß gesetzt werden kann.
20.11.2005	In der Nähe von Gudermes (Tschetschenien) kommt es bei einer Polizeioperation zu einem Feuergefecht zwischen Sicherheitskräften und Guerillas. Dabei werden ein Guerilla und zwei Angehörige der Sicherheitskräfte getötet, ein weiterer Soldat wird verwundet.
20.– 22.11.2005	Putin besucht Japan und erörtert mit dem japanischen Ministerpräsidenten Junichiro Koizumi bilaterale Fragen. Die beiden Staatsmänner vereinbaren den Bau einer Pipeline durch Sibirien bis zur Pazifikküste. In der Kurilenfrage vertreten beide Seiten unterschiedliche Standpunkte.
21.11.2005	Außenminister Sergej Lawrow empfängt seinen irakischen Amtskollegen Hoshyar al-Zebari in Moskau und diskutiert mit ihm Fragen des Wiederaufbaus im Irak. Lawrow kündigt an, dass Russland mehr Fachleute in den Irak entsenden will.
21.11.2005	Das Regionalparlament des Gebiets Swerdlowsk bestätigt auf Vorschlag Putins den Gouverneur Eduard Rossel in seiner Position für eine vierte Amtszeit.
21.11.2005	Bei einer Polizeiaktion in Buinaksk (Dagestan) wird ein Untergrundkämpfer erschossen, ein zweiter verwundet in Haft genommen.
22.11.2005	Das Regionalparlament des Gebiets Iwanowo wählt auf Vorschlag von Präsident Putin Michail Men, bisher Stellvertretender Moskauer Bürgermeister, zum Gouverneur der Region.
22.11.2005	Am Schluss seines Japanbesuchs wird Präsident Putin vom japanischen Kaiser empfangen.
23.11.2005	Die Duma verabschiedet in der ersten von drei Lesungen einen Gesetzentwurf, der Nichtregierungsorganisationen stärkerer staatlicher Kontrolle unterwirft und ihre Arbeitsmöglichkeiten einschränkt. Die Vorlage wird in der Staatsduma mit 370 gegen 18 Stimmen angenommen. Siehe dazu auch den Kommentar auf Seite 7.
23.11.2005	Das tschetschenische Innenministerium teilt mit, dass in Grosny drei „Emire“ der Guerillabewegung „vernichtet“ worden sind. Chisir Chatschukajew, „Brigadegeneral“ der Guerilla, ergibt sich den föderalen Truppen.
23.11.2006	Ministerpräsident Fradkow unterzeichnet einen Erlass, der festlegt, dass ab 1. Januar 2006 neue Pässe mit digitalisiertem Bild und biometrischen Daten auf einem Mikrochip ausgegeben werden.
24.11.2005	Das Regionalparlament des Gebiets Tjumen wählt auf Vorschlag Putins Wladimir Jakuschew zum Gouverneur. Jakuschew tritt an die Stelle Sobjanins, der die Leitung der Präsidialadministration in Moskau übernommen hat.
24.11.2005	Die chinesische Umweltbehörde teilt russischen Dienststellen mit, dass der Fluss Songhua (russisch: Sungari), der auf russischem Gebiet in den Amur fließt, aufgrund eines Unfalls in einer Industrieanlage auf 80 km mit Benzol und Nitrobenzol verseucht ist.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de